

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

**35. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode
2013/2018**

Sitzungstermin:	Dienstag, 07.11.2017	
Sitzungsbeginn:	16:05 Uhr	
Sitzungsende:	17:18 Uhr	
Sitzungsort:	Großer Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck,	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Andreas Sankewitz- SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Ingo Schaffenberg- SPD		
Michelle Akyurt- Bü90/DIEGRÜNEN		
2. stv. Stadtpräsident Rolf Klinkel- grün+alternativ+links (GAL)	ab 16.14 Uhr (TOP 7.2)	
Ragnar Harald Lüttke- FREIE WÄHLER&DIE LINKE	Vertretung für: Frau Katjana Zunft	
Heidemarie Menorca- CDU		
Peter Petereit- SPD		
Henning Stabe- CDU		
Thomas Thalau- CDU		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Nil Gersdorf- CDU		
Jean Paul Köpsell- SPD		
Natalie Regier- BfL		
Joachim Schlitzke- FDP		
Christian Steen- SPD	Vertretung für: Frau Ulrike Siebdrat	
Verwaltung		
Senator Sven Schindler- FB 2 - Wirtschaft und Soziales		
Aenne Beuck-		
Monika Borso-		
Jörg Diekert-		
Marion Höfs- FBC FB 2		
Klaas-Peter Krabbenhöft- 2.280.5 - Stiftungsverwaltung	bis TOP 7.5/6.1 einschließlich	
Elke Sasse- 1.160 - Frauenbüro		

Dirk Schmüser- 2.500 - Soziale Sicherung	
Matthias Schröder- 2.502 - SIE	
Dennis Schultz-	
Claudia Schwartz-	
Anke Seeberger- 2000.2 - Stabsstelle Integration, FB 2	
Achim Selk- 5.610 - Stadtplanung und Bauordnung	
Manfred Uhlig- 1.201 - Haushalt und Steuerung	bis TOP 7.5/6.1 einschließlich
Matthias Wulf-	
Gäste	
Elke Fernow- Personalrat SIE	bis TOP 7.5/6.1 einschließlich
Silke Graff- 2.502 - Personalrat SIE	bis TOP 7.5/6.1 einschließlich
Jan Lindenau- SPD	
Joachim Tag- Jobcenter Lübeck	nur ÖT
Sylvia Topel- 2.502 - Personalrat SIE	bis TOP 7.5/6.1 einschließlich
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Ulrike Siebdrat- SPD	fehlt entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Bernd Mewes- BfL	fehlt entschuldigt
Katjana Zunft- FREIE WÄHLER&DIE LINKE	fehlt entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören
2.	Feststellung der Beschlussfähigkeit
3.	Feststellung der Tagesordnung
4.	Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 10.10.2017
5.	Mitteilung des Vorsitzenden
6.	Berichte
6.1.	Zukunft der SIE Vorlage: VO/2017/05349
7.	Beschlussvorlagen
7.1.	Soziale Stadt Moisling – Anpassung der Grundsätze über die Vergabe von Mitteln aus dem Verfügungsfonds (5.610) Vorlage: VO/2017/05348
7.2.	Haushaltssatzung 2018 mit Stellenplanänderungen 2018 Vorlage: VO/2017/05378
7.3.	Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2016 Vorlage: VO/2017/05358
7.4.	Wirtschaftsplan 2018 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen (SIE) Vorlage: VO/2017/05383
7.5.	Vorlage zur überplanmäßigen Bewilligung von Haushaltsmitteln für den Verlustausgleich 2016 der SeniorInnenEinrichtungen im Haushaltsjahr 2017 Vorlage: VO/2017/05390
8.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
9.	Mitteilungen aus dem Fachbereich 2
9.1.	Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte Sitzung Ausschuss für Soziales am 07.11.2017 Vorlage: VO/2017/05455
10.	Anfragen/Antworten

10.1.	Bereichsleitung der SIE Anfrage AM Heidi Menorca
11.	Anträge von Ausschussmitgliedern
11.1.	Veröffentlichung der Verwaltungsrichtlinien für die Leistungsgewährung des Bereiches Soziale Sicherung Antrag AM Rolf Klinkel Vorlage: VO/2017/05453
11.1.1.	AT zu Antrag des AM Rolf Klinkel [GAL]: Veröffentlichung der Verwaltungs- richtlinien für die Leistungsgewährung des Bereiches Soziale Sicherung [VO/2017/05453] Vorlage: VO/2017/05479
11.2.	Gewährung der Grundsicherung bei Alter und Erwerbsminderung nach dem SGB XII Antrag AM Rolf Klinkel Vorlage: VO/2017/05454
12.	Verschiedenes
19.	Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1	Eröffnung / Begrüßung / Verpflichtung der Ausschussmitglieder, die nicht der Bürgerschaft angehören
-------------	--

Der Vorsitzende eröffnet die 35. Sitzung des Ausschusses für Soziales in der Wahlperiode 2013/2018.

Er begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, VertreterInnen der Verwaltung, Herrn Lindenau (Mitglied der Bürgerschaft), einen Vertreter der Presse sowie die Öffentlichkeit.

Herr Jugert (Seniorenbeirat) lässt sich entschuldigen.

Herr Steen vertritt Frau Siebdrat.

Frau Zunft wird durch Herrn Lüttke vertreten.

Herr Mewes fehlt ebenfalls entschuldigt (ohne Vertretung).

(Herr Klinkel ist ab TOP 7.2 anwesend.)

zu 2	Feststellung der Beschlussfähigkeit
-------------	--

Der Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit fest.

zu 3	Feststellung der Tagesordnung
-------------	--------------------------------------

Die Verwaltung schlägt vor, den Bericht zu TOP 6.1 „Zukunft der SIE“ im Anschluss an die Beratung der Vorlagen zu TOP 7.3 (Feststellung des Rechnungsergebnisses der SIE für das Jahr 2016), TOP 7.4 (Wirtschaftsplan 2018 der SIE) und TOP 7.5 (Vorlage zur überplanmäßigen Bewilligung von HH-Mitteln für den Verlustausgleich 2016 der SIE im HH-Jahr 2017) zu behandeln.

Der Ausschuss ist einverstanden.

Zum Antrag des Herrn Klinkel TOP 11.1 (Veröffentlichung der Verwaltungsrichtlinien) liegt eine Austauschvorlage vor, die den Ausschussmitgliedern im Vorwege per Email übersandt wurde; diese wird dem TOP 11.1.1 zugeordnet.

Der Zuordnung der Tagesordnungspunkte 13 bis 18 zum nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird einstimmig zugestimmt.

Die Tagesordnung ist damit festgestellt.

zu 4	Feststellung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 10.10.2017
-------------	---

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine Einwände erhoben.

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung ist damit festgestellt.

zu 5	Mitteilung des Vorsitzenden
-------------	------------------------------------

Mit der Einladung zur Sitzung wurde der Tätigkeitsbericht 2016 der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten übersandt. Frau El Samadoni wird diesen in der nächsten Ausschusssitzung im Dezember vorstellen.

Vor Sitzungsbeginn wurde eine Liste mit den Terminen für die Weihnachtsfeste der SIE umverteilt.

zu 6	Berichte
-------------	-----------------

zu 6.1	Zukunft der SIE Vorlage: VO/2017/05349
---------------	---

Herr Stabe fordert die Verwaltung auf, mit den aus dem sehr umfangreichen Bericht zu ziehenden Erkenntnissen bis zur Sommerpause nächsten Jahres ein Konzept zu erstellen. Was bedeutet das alles für den Immobilienbestand der SIE?

Herr Senator Schindler erklärt, es seien vertiefende Gespräche mit der Stiftungsverwaltung geplant u.a. zu der Frage, wie die Konditionen neuer Mietverträge aussehen könnten. Es werde eine Beschlussvorlage erstellt werden, die sich mit der Weiterführung der Häuser der SIE und den Mietverträgen beschäftigt.

Herr Stabe bittet in diesem Zusammenhang auch um Prüfung, ob die Stiftungen „ausgezahlt“ werden können und sich entsprechend ihrem Stiftungszweck anderweitig aufstellen. Ziel sei nicht die Sanierung der Stiftungen durch Mieterhöhungen (zu den finanziellen Problemen der Stiftungen berichtet Herr Krabbenhöft), sondern eine Verbesserung des Betriebsergebnisses der SIE.

Frau Akyurt vermisst eine betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise (ebenso Frau Regier) und bittet um Berücksichtigung der seinerzeitigen Empfehlungen der BDO. In der Beantwortung der Frage 2 (Seite 6 des Berichts) müsse es „Ersatzneubauten“ heißen, nicht „ergänzende Neubauten“.

Herr Senator Schindler erklärt, ein Wirtschaftsprüfer werde beauftragt; die an diesen zu richtenden Fragen bittet Frau Akyurt, vorher dem Ausschuss bekanntzugeben.

Es sprechen außerdem Herr Schaffenberg, Herr Schlitzke, Frau Regier (zu Anlage 4 des Berichts, zum Thema Kündigung der Mietverträge/Entscheidung der Bürgerschaft?), Herr Petereit, Frau Menorca sowie der Vorsitzende.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 7	Beschlussvorlagen
-------------	--------------------------

zu 7.1	Soziale Stadt Moisling – Anpassung der Grundsätze über die Vergabe von Mitteln aus dem Verfügungsfonds (5.610) Vorlage: VO/2017/05348
---------------	--

Herr Selk beantwortet nach einigen einleitenden Worten zum Inhalt der Vorlage (u.a. Anhebung des Gesamtbudgets des Verfügungsfonds von bisher 15.000 € pro Kalenderjahr auf 30.000 € pro Kalenderjahr) Fragen von Frau Menorca zur Berücksichtigung unterschiedlicher Projektträger sowie zum Thema Anteilsfinanzierungen.

Beschlussvorschlag:

Die Grundsätze der Hansestadt Lübeck über die Vergabe von Mitteln aus dem Verfügungsfonds im Rahmen der Umsetzung des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt“ in Moisling werden in geänderter Form beschlossen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Bauausschuss einstimmig (13 Ja-Stimmen), gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 7.2	Haushaltssatzung 2018 mit Stellenplanänderungen 2018 Vorlage: VO/2017/05378
---------------	--

Herr Uhlig gibt einen Überblick über den gesamstädtischen Haushalt. Auf Anfrage von Frau Akyurt erklärt Herr Uhlig, im sozialen Bereich sei ein Zuwachs im Aufwandsbereich zu verzeichnen („Mehrsaldo“ i.H.v. 10 Mio. € in den letzten 3 Jahren).

Der Bereich Soziale Sicherung hatte die Ausschussmitglieder per Email gebeten, zur Vorbereitung auf die Sitzung Fragen zum Thema „Haushalt/Soziale Sicherung FB 2“ im Vorwege aufzugeben. Rückmeldungen erfolgten daraufhin nicht.

Herr Klinkel reicht folgende themenbezogene Fragen zu Protokoll:
→ siehe **Anlage 1**

Frau Schwartz sagt eine zeitnahe Beantwortung zu.

Beschlussvorschlag:

1. Der **Produkthaushaltsplan** bestehend je Produkt aus der Produkthaushaltsseite, dem Ergebnisplan und dem Finanzplan incl. der investiven Ein- und Auszahlungen und Finanzierungstätigkeiten einschl. Nachmeldungen Anlage 1 und Anlage 1a wird beschlossen.
2. Ergänzend werden die Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung in Erfüllung der städtischen Obliegenheit aus dem mit dem Land Schleswig-Holstein geschlossenen Konsolidierungsvertrag Anlage 2 beschlossen.
3. Die den Haushaltsanmeldungen zugrunde liegenden Maßnahmen aus den Maßnahmenlisten der Fachbereiche Anlage 3 korrespondierend mit den Budgetübersichten Anlage 4 werden zur Kenntnis genommen. Der Bürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, um die u.a. in dem Haushalt 2018 vorgesehenen Aufwendungskürzungen und damit verbundenen Minderauszahlungen bzw. die Ertragssteigerungen und die damit verbundenen Mehreinzahlungen zu realisieren.
4. Aufgrund der §§ 95 ff der Gemeindeordnung (GO) wird nach Beschluss der Bürgerschaft vom und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde folgende **Haushaltssatzung** erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 wird

1.	im Ergebnisplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	797.268.500	EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	835.804.100	EUR
	einen Jahresüberschuss von		
	einen Jahres fehlbetrag von	38.535.600	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	775.724.000	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	787.209.200	EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	86.746.400	EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	117.688.500	EUR

festgesetzt.

(Stand: Entwurf 2018 per 29.9.2017)

§ 2

Es werden festgesetzt:

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	37.863.600	EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	86.470.000	EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	450.000.000	EUR
4.	die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	3.384,81	

§ 3

Die Hebesätze für die Realsteuern sind wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	
	a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	400 %
	b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)	500 %
2.	Gewerbsteuer	450 %

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen sowie Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 95 d Abs. 1 oder § 95 f Abs. 1 Gemeindeordnung erteilen kann, beträgt **250.000 EUR**. Die Genehmigung der Bürgerschaft gilt in diesen Fällen als erteilt. Der Bürgermeister ist verpflichtet, der Bürgerschaft mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten.

Mit Ausnahme der Eilentscheidungen des Bürgermeisters nach § 65 Abs. 4 GO ist bei einer beabsichtigten Verwendung von Budgetmitteln als Deckung für Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich eines anderen Fachausschusses auch eine vorbereitende Beratung im abge-

benden Fachausschuss und im Falle widersprechender Empfehlungen der beteiligten Fachausschüsse das koordinierende Votum des Hauptausschusses einzuholen.

§ 5

Der Gesamtbetrag für max. abzuschließende Zinsderivate wird für das Jahr 2016 auf **50 Mio. EUR** festgesetzt.

Die kommunalaufsichtliche Genehmigung wurde am erteilt.

(Ende des Satzungstextes)

4. Stellenplan

Der Stellenplan 2017 (3.337,02 Planstellen) wird zu dem Haushaltsjahr 2018 um die sich aus der Anlage 5
ergebenden Stellenplanänderungen (Veränderungsliste) ergänzt und in der sich daraus
ergebenden Fassung als **Stellenplan für das Haushaltsjahr 2018** festgesetzt: **3384,81
Planstellen.**

Auf Antrag von Frau Menorca nimmt der Ausschuss den Beschlussvorschlag einstimmig ohne Votum zur Kenntnis.

zu 7.3	Feststellung des Rechnungsergebnisses der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2016 Vorlage: VO/2017/05358
---------------	--

Wortmeldungen erfolgen nicht.

Beschlussvorschlag:

1. *Der Jahresabschluss der SeniorInnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Geschäftsjahr 2016 wird mit einer Bilanzsumme von € 4.171.369,17, einem Jahresfehlbetrag von € 1.686.700,45 und einem Bilanzverlust von € 2.991.995,85 festgestellt.*
2. *Der Bilanzverlust 2016 ist, soweit nicht bereits erfolgt, auszugleichen. Daraus ergibt sich eine Zahlung in Höhe von € 1.692.945,29.*

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mit 13 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 7.4	Wirtschaftsplan 2018 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen (SIE) Vorlage: VO/2017/05383
---------------	---

Auf Wunsch von Frau Akyurt führt Herr Schröder kurz zu den Kernelementen des Wirtschaftsplans 2018 aus.

Die Auswirkungen der PSG II und III (Vorbericht Seite 2 unten) werden diskutiert. Es sprechen Frau Menorca, Herr Petereit und Herr Schröder.

Beschlussvorschlag:

Für den Wirtschaftsplan 2018 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen werden festgestellt:

		<u>2018</u>
1. Es betragen		
1.1	im Erfolgsplan	€
	die Erträge	25.204.700
	die Aufwendungen	27.341.800
	der Jahresgewinn	0
	der Jahresverlust	- 2.137.100
1.2	im Vermögensplan	
	die Einzahlungen auf	200.100
	die Auszahlungen auf	200.100

2.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	0
2.1	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung auf	0
2.2	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	3.700.000
3.	die Stellenübersicht 2018 (Anlage 8).	

Der Festsetzung des Wirtschaftsplans 2018 der städtischen SeniorInnenEinrichtungen im Fachbereich 2 Wirtschaft und Soziales für das Geschäftsjahr 2018 wird gemäß Anlagen 1-10 im Rahmen der Haushaltssatzung 2018 zugestimmt.

Auf Antrag von Frau Menorca nimmt der Ausschuss den Beschlussvorschlag einstimmig ohne Votum zur Kenntnis.

**zu 7.5 Vorlage zur überplanmäßigen Bewilligung von Haushaltsmitteln für den Ver-
lustausgleich 2016 der SeniorInnenEinrichtungen im Haushaltsjahr 2017
Vorlage: VO/2017/05390**

Auf Anfrage von Frau Menorca erklärt Frau Höfs, die Kommune sei verpflichtet, den Jahresfehlbetrag auszugleichen; inwieweit Abweichungen vom Haushaltsbegleitbeschluss der Bürgerschaft bestehen, könne nicht ad hoc beantwortet werden.

Frau Menorca bittet, die Antwort dem Protokoll beizufügen.

→ siehe **Anlage 2**

Beschlussvorschlag:

Zum Ausgleich des Jahresfehlbetrages 2016 der SeniorInnenEinrichtungen werden im Haushaltsjahr 2017 auf dem Produktsachkonto 315201000 5315000 Zuwendungen und Zuschüsse für laufende Zwecke verbundene Unternehmen 617.695,85 € überplanmäßig bewilligt.

Die Deckung der überplanmäßig bewilligten Haushaltsmittel erfolgt aus dem Produktsachkonto 611001000 4013000 Steuern Allgemeine Zuweisungen, Allgemeine Umlagen, Gewerbesteuer - höhere Erträge bei der Gewerbesteuer.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft mit 13 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme, gemäß Beschlussvorschlag zu entscheiden.

zu 8 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Es liegt nichts vor.

zu 9 Mitteilungen aus dem Fachbereich 2

zu 9.1	Liste nicht erledigter Tagesordnungspunkte Sitzung Ausschuss für Soziales am 07.11.2017 Vorlage: VO/2017/05455
---------------	---

Die Liste liegt den Ausschussmitgliedern vor.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 10	Anfragen/Antworten
--------------	---------------------------

zu 10.1	Bereichsleitung der SIE Anfrage AM Heidi Menorca
----------------	---

Herr Senator Schindler erklärt auf Nachfrage von Frau Menorca, die Ausschreibung der Bereichsleiterstelle werde dem Hauptausschuss voraussichtlich in seiner Sitzung am 28.11.2017 zur Freigabe vorgelegt.

Geplant ist dann, dem Hauptausschuss im März kommenden Jahres einen Wiederbesetzungsvorschlag vorzulegen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

zu 11	Anträge von Ausschussmitgliedern
--------------	---

zu 11.1	Veröffentlichung der Verwaltungsrichtlinien für die Leistungsgewährung des Bereiches Soziale Sicherung Antrag AM Rolf Klinkel Vorlage: VO/2017/05453
----------------	---

Antrag:

Der Sozialsenator wird gebeten dafür zu sorgen, dass

- 1. die Verwaltungsrichtlinien des Bereiches Soziale Sicherung über die Gewährung von Sozialleistungen umgehend im Internet veröffentlicht werden; und*
- 2. die Veröffentlichungen entsprechend den Änderungen der Verwaltungsrichtlinien laufend korrigiert werden.*

-siehe Austausch Antrag TOP 11.1.1-

**zu 11.1.1 AT zu Antrag des AM Rolf Klinkel [GAL]: Veröffentlichung der Verwaltungsrichtlinien für die Leistungsgewährung des Bereiches Soziale Sicherung [VO/2017/05453]
Vorlage: VO/2017/05479**

Herr Klinkel begründet seinen Antrag.

Frau Schwartz erklärt, die Angelegenheit werde zur Zeit rechtlich geprüft. Das Ergebnis werde in der nächsten Ausschusssitzung vorgestellt.

Herr Klinkel ist mit einer Vertagung der Angelegenheit einverstanden.

Frau Akyurt bittet um Übersendung des Prüfergebnisses vorab per Email.

Es sprechen außerdem Herr Lüttke und Herr Schaffenberg, der zunächst beantragt, den Antragstext abzuändern („Der Sozialsenator wird gebeten *zu prüfen*, ob...“), diesen Antrag dann aber zurückzieht.

AT Antrag:

*Der Sozialsenator wird gebeten dafür zu sorgen, dass die im Bereich Soziale Sicherung vorhandenen Informationen über die Gewährung von Sozialleistungen (allgemeine Bearbeitungshinweise ausschließlich für die Mitarbeiter*innen, die u. a. Regelungen zur Ausübung des Ermessens im Rahmen der Leistungsgewährung enthalten),*

- 1. im Internet veröffentlicht werden; und*
- 2. Antragsteller*innen der Zugang zu diesen Informationen ermöglicht wird.*

Der Ausschuss beschließt einstimmig, die Angelegenheit zu vertagen.

**zu 11.2 Gewährung der Grundsicherung bei Alter und Erwerbsminderung nach dem SGB XII
Antrag AM Rolf Klinkel
Vorlage: VO/2017/05454**

Herr Klinkel begründet seinen Antrag.

Frau Schwartz führt aus, dem Bereich Soziale Sicherung liege zu dem letztgenannten der 4 Punkte eine Stellungnahme des Landesdatenschutzbeauftragten aus dem Jahre 2011 vor, die eine Aussage zu der beschriebenen Thematik trifft. Die Stellungnahme wird dem Proto-

koll als Anlage beigefügt.

→ siehe **Anlage 3**

Zu den ersten 3 Punkten werde in der Dezember-Sitzung mündlich berichtet.

Herr Klinkel ist einverstanden.

Antrag:

Der Sozialsenator wird gebeten, dem Sozialausschuss in der Dezembersitzung über die Gewährung und Beantragung der Grundsicherung bei Alter und Erwerbsminderung nach dem SGB XII durch den Bereich Soziale Sicherung zu berichten.

Es soll u. A. auch berichtet werden über:

- *die Voraussetzungen der Leistungsgewährung;*
- *die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter nach der Feststellung der Erwerbsminderung von Hilfeempfänger*innen durch die Agentur für Arbeit und die Bindung dieser Feststellung für den Bereich Soziale Sicherung;*
- *das Verfahren für die Feststellung der dauerhaften Erwerbsminderung der Hilfesuchenden und –empfänger*innen durch den Bereich Soziale Sicherung; sowie*
- *die Einhaltung der Wahrung des Sozialgeheimnisses und des Datenschutzes*

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dem Antrag stattzugeben.

zu 12 Verschiedenes

Frau Menorca fragt nach, ob die neue Förderrunde des ESF-Bundesprogrammes BIWAQ für die Quartiere des Städtebauförderungsprogrammes „Soziale Stadt“ bekannt ist. Herr Wulf, der den Fachbereich in der Lenkungsgruppe „Soziale Stadt Moislring“ vertritt, teilt mit, dass in der letzten Sitzung das Förderprogramm auf der Tagesordnung war. Jobcenter und BQL werden vom Quartiermanagement diesbezüglich direkt angesprochen.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am Dienstag, den 05.12.2017, um 16.00 Uhr im VZM statt.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.

zu 19 Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil gefassten Beschlüsse
--

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil das Protokoll der letzten Sitzung genehmigt wurde.

Lübeck, den 6. Dezember 2017

Andreas Sankewitz
Vorsitzende/r

Britta Bormann
Protokollführung